

Beginn der Sitzung: 9.01 Uhr.

Präsident Hermann Dinkla:

Guten Morgen, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 59. Sitzung im 20. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 16. Wahlperiode.

Mitteilungen des Präsidenten

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 10 - Aktuelle Stunde. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort mit Ausnahme des Tagesordnungspunktes 16, dessen Behandlung entfällt, nachdem die antragstellenden Fraktionen den Antrag auf Durchführung einer ersten Beratung im Plenum zurückgezogen haben.

Die heutige Sitzung soll gegen 17.25 Uhr enden.

Ich darf Sie herzlich bitten, Ihre Reden bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr, an den Stenografischen Dienst zurückzugeben.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr die Schriftführerin mit.

Schriftführerin Ulla Groskurt:

Guten Morgen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es haben sich entschuldigt von der Fraktion der CDU Frau Bertholdes-Sandrock von 10.45 Uhr bis zur Mittagspause und Herr Thümler, von der Fraktion der SPD Frau Somfleth und Herr Schminke und von der Fraktion DIE LINKE Frau Flauger.

Präsident Hermann Dinkla:

Vielen Dank. - Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Aktuelle Stunde

Für diesen Tagesordnungspunkt sind mir fünf Themen benannt worden, deren Einzelheiten Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung entnehmen können. Nach der Änderung unserer Geschäftsordnung im vergangenen Tagungsabschnitt weise ich besonders darauf hin, dass wir die Anträge heute erstmals in der Reihenfolge der Fraktionsstärken behandeln, wobei, wie Sie wissen, der Anspruch, den ersten Antrag stellen zu dürfen, zwischen den

Fraktionen von Tagungsabschnitt zu Tagungsabschnitt wechselt. Nach wie vor gilt, dass die einzelnen Redebeiträge nicht länger als fünf Minuten sein dürfen. Im Übrigen gehe ich davon aus, dass die Regelungen allen Beteiligten und damit auch der Landesregierung bekannt sind.

Ich halte das Haus damit einverstanden, dass wir die Anträge unter den Buchstaben a und d des Nachtrags zur Tagesordnung zusammen behandeln. Das ist so zwischen den Fraktionen besprochen. Wie Sie wissen, ändert dies aber nichts an der soeben erwähnten Einzelredezeit. Sie bleibt bei fünf Minuten. - Ich stelle dazu das Einverständnis des Hauses fest.

Ich eröffne jetzt die Besprechung zu den **Tagesordnungspunkten a und d**

Richtungsweisende Entscheidung für die Asse
- Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 16/2093

Wer A sagt und Atommüll produziert, muss auch B sagen und bezahlen - Atomindustrie muss Asse-Sanierung finanzieren - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2094

Zu Punkt 1 a erteile ich dem Kollegen Oesterhelweg von der CDU-Fraktion das Wort.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]:
Ruhig und gelassen!)

Frank Oesterhelweg (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Wird jetzt alles gut?“ fragt Stefan Dietrich in der FAZ vom 19. Januar zu Asse II, diesem Schacht, den er als den größten Umweltskandal der Republik bezeichnet.

Meine Damen und Herren, BfS und BMU haben Wort gehalten. Der Optionenvergleich ist durchgeführt worden. Ich bin froh darüber, dass es jetzt zu einer Entscheidung gekommen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Rahmen des Optionenvergleichs standen zur Auswahl: Umlagerung, sogenannte Flutung und Rückholung.

Meine Damen und Herren, Rückholung wird empfohlen. Die Rückholung ist der teuerste und schwierigste Weg. Darüber sind wir uns sicherlich

alle einig. Aber nur hierdurch kann man zumindest im Ansatz Langzeitsicherheit gewährleisten. Es geht also nicht mehr um das Ob, sondern es geht jetzt um das Wie. Es geht um die Rückholung. Das war und ist der Wunsch vieler Menschen in der Region.

Aber man sollte auch darauf hinweisen, dass es ganz so einfach nun doch nicht ist. Herr König, der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, sagt selbst: Keine der drei Varianten ist optimal, alle bergen Unsicherheiten. - Das ist so. Auch Herr König hält sich hier natürlich ein Hintertürchen offen.

Meine Damen und Herren, Asse II: Die Entscheidung für die Rückholung ist der einzig sichere Weg, schreibt die *Braunschweiger Zeitung* in Wolfenbüttel. Es gibt aber zu Recht Bedenken, was die Frage der Sicherheit angeht. Ich halte es für richtig, dass wir weiter prüfen und weiter kritische Fragen stellen. Ich denke, da liegt Bundesminister Röttgen genau auf unserer Linie und auf der Linie der Menschen im Landkreis Wolfenbüttel und darüber hinaus. Es ist richtig, einige Kammern zu öffnen. Es ist richtig zu prüfen, ob und in welcher Größenordnung Fässer beschädigt sind; denn die Frage, ob Fässer defekt sind, und die Frage nach dem Inhalt der Fässer sind entscheidend, um festzustellen, in welcher Größenordnung Material zurückgeholt werden muss. Sind es 50 000 m³, oder sind es 100 000 m³, über die wir hier reden, möglicherweise zuzüglich Verpackung? Die Fragen, ob der Zeitfaktor realistisch beurteilt ist und ob es realistisch ist, dass man 4,8 Minuten für ein Fass ansetzt, sind berechtigt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Andere Gutachter, beispielsweise Fichtner schon vor einigen Jahren, haben davon gesprochen, dass die Rückholung 25 Jahre dauern würde. Heute sprechen wir über zehn Jahre. Es wäre gut, meine Damen und Herren, wenn es in zehn Jahren gelänge, aber es ist nicht sicher. Vor dem Hintergrund der Standsicherheit, die bis 2020 prognostiziert wird, müssen wir schon genau hingucken.

Ich sage ebenfalls sehr deutlich: Wir müssen mit der Stabilisierung dieses Bergwerkes fortfahren. Ich denke, da sollte man auch einmal auf die Mitarbeiter hören, die vor Ort seit Jahrzehnten arbeiten und praktische Erfahrung haben. Die sagen uns ganz klar, es ist eigentlich schon viel wichtige und notwendige Zeit verstrichen. Wir müssen da weitermachen.

Meine Damen und Herren, ich finde es richtig, dass der Bundesminister sagt: Wir müssen schauen, wie es mit dem Arbeiterschutzes in der Asse II aussieht. - Das ist eine ganz wichtige Frage.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich bin mir ziemlich sicher, dass es notwendig sein wird, den Technikeinsatz zu maximieren, um diesen Arbeiterschutzes zu gewährleisten. Das muss man mit den Mitarbeitern zusammen machen und nicht, wie in der letzten Zeit öffentlich berichtet wurde, über die Köpfe der Mitarbeiter hinweg.

Meine Damen und Herren, genauso wichtig ist es, über die öffentliche Sicherheit, die Sicherheit von Mensch und Umwelt, nachzudenken. 100 000 m³ werden zurückgeholt. Sie werden verpackt und durch den Landkreis Wolfenbüttel transportiert. Aber wohin sie transportiert werden, wissen wir noch nicht genau. All das ist zu beachten. Wir haben es mit Strahlenbelastungen zu tun, aber auch mit Gefährdungen durch die toxische Belastung des Materials. Entsprechende Warnhinweise aus Salzgitter und Wolfenbüttel gibt es bereits.

Mir bereitet die Tatsache Sorgen - ich denke, dabei sollten wir uns auf den sicheren Weg begeben, und das BfS sollte das auch tun -, dass es keine konkrete Notfallplanung gibt.

Meine Damen und Herren, was passiert eigentlich, wenn Asse II während der Rückholung zusammenbricht, teilweise zusammenbricht oder, wie man so schön sagt, absäuft? Damit müssen wir rechnen. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Auch noch nicht beantwortet sind die Fragen, was genau mit dem Material passiert und wohin dieses Material verbracht wird, wenn es neu konditioniert ist. Auch darum geht es.

Zehn Jahre Rückholung heißt noch nicht, dass das Thema in zehn Jahren erledigt ist. Die Bürgerinitiativen sprechen davon, dass wir erst in 20 Jahren mit diesem Verfahren am Ende sind. Es könnte aber noch länger dauern. Auch danach wird es wegen Restkontaminationen interessant sein, den Schacht Asse II richtig zu schließen.

Meine Damen und Herren, über die Finanzierung und die Maßnahmen in diesem Zusammenhang sprechen wir nachher. Ich sage nur eines: Wir sind noch lange nicht am Ende der Diskussion über die Rückholung. Wir sind noch lange nicht am Ende, was die sichere Schließung von Asse II angeht, sondern wir sind erst am Anfang.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich stelle zunächst die **Beschlussfähigkeit** des Hauses fest.

Ich erteile der antragstellenden Fraktion zu Punkt 10 d und damit dem Kollegen Wenzel das Wort.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Entscheidung zur Rückholung des Atommülls aus der Asse ist ein Fanal. Sie ist ohne Alternative, Herr Oesterhelweg. Deswegen würde ich mir auch nicht zu viele Hintertürchen öffnen, weil niemand die Langzeitsicherheit des Flutungs- und Verfüllungskonzepts garantieren kann und schon kurzfristig eine Trinkwasserbelastung erwartet werden muss.

Wir können andererseits innerhalb von vier bis fünf Jahren 70 % des Mülls, des radioaktiven Inventars herausholen und damit das Gefährdungspotenzial auch innerhalb einer relativ kurzen Frist erheblich mindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Am 20. Mai 1969 schrieb die *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, dass die Schachanlage Asse für die nächsten 100 Jahre den radioaktiven Müll aus Kernreaktoren, Forschungslabors und Krankenhäusern gefahrlos für alle Zeiten aufnehmen sollte. Heute wissen wir, dass 90 % des Inventars aus abgebrannten Brennelementen von Leistungsreaktoren der Industrie stammen, die über die Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe hier angeliefert worden sind.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Unglaublich!)

Mit dem Beschluss zur Rückholung des Atommülls aus der Asse gerät die gesamte Atommüllentsorgung in Deutschland ins Wanken, meine Damen und Herren. Die Endlagerung von mittel- und schwach radioaktivem Müll ist auf ganzer Linie gescheitert. Auch für hoch radioaktiven Müll gibt es bislang keine Lösung. Seit 50 Jahren produziert Deutschland Atommüll. Nach 41 Jahren endete die versprochene Ewigkeit.

Herr Wulff, Sie haben aus der Asse offenbar nichts gelernt. Sie wollen in Gorleben weitermachen, obwohl die Asse das Versuchsendlager für Gorleben war und obwohl es in Gorleben um Müll geht, der vieltausendfach stärker strahlt als der Müll in der Asse. Sie fordern eine offensivere Gangart bei

den Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke und würden damit noch mehr Müll produzieren.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Unverantwortlich!)

Die CDU und die FDP machen Niedersachsen zum Weltatomerbe. Meine Damen und Herren, das wollen wir aber nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich rate Ihnen eines, Herr Wulff: Kümmern Sie sich erst einmal um die Frage, wer die Rechnung für den Dreck der Atomindustrie bezahlen soll. Es kann ja wohl nicht sein, dass die öffentliche Hand bzw. der Steuerzahler für den Dreck der Atomindustrie aufkommen. Jetzt ist die Zeit, die Rechnung zu schreiben an E.ON, Vattenfall, EnBW und RWE. Dabei denke ich nicht an Almosen und auch nicht an einen schmutzigen Kuhhandel, wie er gerade von Kanzleramtsminister Pofalla vorbereitet wird. Das Thema gehört ins Parlament und nicht ins Hinterzimmer.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Asse wird 2 Milliarden Euro teurer als geplant. Hinzu kommen 2,5 Milliarden Euro für Morsleben. Insgesamt beläuft sich die Rechnung für Altlasten der Industrie auf ca. 20 Milliarden Euro, die auf den Steuerzahler zukommen.

Der Atomkonzern EnBW hat sich gestern auf eine absolut lächerliche Rechtsposition zurückgezogen. In der Presse hieß es, der Müll sei eindeutig in das Eigentum des Asse-Betreibers übergegangen. Daher gebe es für EnBW keine Verpflichtungen mehr.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Unverschämt!)

Meine Damen und Herren, auf der Website der EnBW steht: Wir übernehmen Verantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft. - Wenn die EnBW das aber nicht freiwillig tut, dann muss man ihr helfen, und zwar mit einem Gesetz, das das Verursacherprinzip bei atomaren Altlasten durchsetzt

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

und das für alle Beteiligten die gleichen Bedingungen festschreibt. Deshalb wollen wir eine Brennelementesteuer, eine Steuer auf abgebrannte Brennelemente, erheben. Sinnvollerweise würde

man dabei einen Aufschlag auf den Preis von Atomstrom erheben.

Außerdem müssen die steuerfreien Rückstellungen der Stromkonzerne in einen öffentlich-rechtlichen Fonds eingebracht werden. Derzeit sind diese Gelder noch nicht einmal konkurssicher angelegt. Sie wissen, was das angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise bedeutet. Die Gelder können von heute auf morgen weg sein, und dann ist dies auch noch dem Steuerzahler anzulasten. Dabei geht es um weitere 27 Milliarden Euro.

(Christian Dürr [FDP]: Warum haben Sie das während Ihrer Regierungszeit anders gemacht?)

Meine Damen und Herren, mit dem Desaster in der Asse wird offensichtlich, dass sich in der Atompolitik alle zentralen Koordinaten als falsch erwiesen haben, Herr Langspecht. Wir wissen heute, dass Atomkraftwerke nicht sicher sind und dass Endlager im Salz nicht für die Ewigkeit gebaut sind. Und wir wissen auch: Atomstrom ist nicht billig.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - David McAllister [CDU]: Stefan, Thema verfehlt!)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Herzog für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Entscheidung für die Rückholung des Atommülls aus dem Asse-Bergwerk ist in erster Linie ein Erfolg der Antiatombewegung,

(Beifall bei der LINKEN)

ein Erfolg der Initiativen um die Asse, die seit Jahrzehnten mit unermüdlicher Energie, mit Fachwissen und mit gesundem Menschenverstand, vor allem aber mit dem notwendigen Misstrauen gegenüber Hochglanzbroschüren und Wahlversprechen die Dinge beim Namen genannt haben. Sie wurden vielfach verhöhnt, belächelt, für technikfeindlich erklärt und beschimpft. Gegenüber den Gesundheitsbetern, den Verharmlosern und den Fliegern ohne Landebahn blieben sie kritisch, sammelten beharrlich Fakten und behielten recht.

(Beifall bei der LINKEN)

Es war sicherlich keine leichte Entscheidung, sich auf die Begleitgruppe und die Arbeitsgruppe „Optionenvergleich“ einzulassen, die erst installiert wurden, als das Kind längst im Tiefenaufschluss lag und der Einsturz des Bergwerkes immer näher rückte. Hut ab vor den drei kritischen Wissenschaftlern, die mit ihren Vorschlägen die Schließung der Asse mehr voranbrachten als der unzuverlässige Betreiber Helmholtz und vor allem etliche zuständige Minister und ihre zig Mitarbeiter über Jahrzehnte zuvor.

(Beifall bei der LINKEN)

Sicher hatte auch der Asse-Untersuchungsausschuss seine Wirkung, auch wenn wir durch politische Zögerlichkeit ein ganzes Jahr verloren haben.

Mit Verlaub, meine Damen und Herren von der CDU, ich werde das Gefühl nicht los, dass hier die Falschen feiern. Wer Sie im Untersuchungsausschuss erlebt, muss zu Recht fragen, ob es Ihnen wirklich um Aufklärung und um die Feststellung von Verantwortlichkeiten und um das Lernen aus den vielen Fehlern geht. Herr Langspecht, zur Aufarbeitung des Asse-Skandals gehören wenigstens Ehrlichkeit und Selbstkritik sowie das Heranziehen der Verursacher bei der Sanierungsfinanzierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch bei den inhaltlichen Verantwortlichkeiten mauern Sie alles weg, retten sich, wie bei der Befragung von Forschungsministerin Schavan, in Gefälligkeitsfragen, die Ihre Zeugen als Steilvorlage volley in Journalistenohren versenken.

Ihre jubelnden Bewertungen der Aussagen von Frau Schavan verschlugen mir dann aber doch die Sprache. Sie verharmloste die Geschehen, war entweder nicht zuständig oder hatte von der Materie keine Ahnung. Sie wusste nichts von HAW-Salzforschungen, nichts von den geologischen Problemen der Asse und schon gar nichts von denen im Salzstock Gorleben. Immerhin war sie so ehrlich, sich nicht als Gründerin der Begleitgruppe zu präsentieren, zu der Sie sie kurzerhand machten.

Deshalb ist Ihre Aktuelle Stunde heute ein plummes Ablenkungsmanöver:

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Asse schnell raus aus den negativen Schlagzeilen, Schadensbegrenzung für das angekratzte Image der Atomindustrie. Wie oft haben Sie mit diesem

„Nachvorneschauen“ ganze Bataillone von Mikrofonen beschworen, Ihre übliche Floskel, um zu vertuschen, wo der Kern des Übels liegt. Verbaler Nebel! Aber Sie haben dazugelernt seit dem Entgleisen Ihres MdB Axel Fischer 2007, die Asse nach dem Motto „Klappe zu, Affe tot“, schließen zu wollen.

Nein, richtungsweisend wäre gewesen, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie endlich einmal eine Gesamtbilanz der Atomenergie vorlegen und sie dann unverzüglich und unumkehrbar beenden würden und das, wie Österreich, in die Verfassung schrieben.

(Beifall bei der LINKEN)

Richtungsweisend wäre, auf Gorleben zu verzichten und dort Asse-Fehler nicht zu wiederholen.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Richtungsweisend wäre, endlich die Ursachen für Leukämie bei Kindern in der Elbmarsch und im Umfeld von Atomkraftwerken aufklären zu wollen. Richtungsweisend wäre, die höhere Wirksamkeit von Strahlung - besonders von Niedrigstrahlung - anzuerkennen. Richtungsweisend wäre, auf Morsleben den gleichen intensiven Fokus zu legen. Richtungsweisend wäre, in der Tat nach vorne zu schauen und den Menschen die ganze Wahrheit zu sagen, nämlich wer das Ganze bezahlen soll und dass Sie vorhaben, den Asse-Müll in das ausgebeutete, wasseranfällige Granitbergwerk Konrad einzulagern.

Wenn es stimmt, dass das Röttgen-Ministerium aus der ursprünglichen Textfassung des BfS die Formulierung „mit der Umsetzung der Rückholung schnellstmöglich zu beginnen“ herausgeglättet hat, dann wäre das Manipulation - so wie 1983 bei der kritischen Stellungnahme der PTB zur Aufhübschung von Gorleben -, Manipulation zugunsten der Atomindustrie und gegen die Menschen vor Ort - eine richtungsweisende Rolle rückwärts.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile jetzt dem Kollegen Bosse von der SPD-Fraktion das Wort.

Marcus Bosse (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Die Option der Rückholung ist offenbar die einzige, die

dem Langzeitsicherheitsnachweis entspricht; sie ist dementsprechend auch die sicherste Lösung. Es muss durchaus gewürdigt werden, dass das ein mutiger Schritt ist, der ohne Alternative ist. Man muss an dieser Stelle hinzufügen: Das wird eine Pionierleistung sein; denn dieses Verfahren der Rückholung ist noch nirgendwo - weder in der Bundesrepublik Deutschland noch sonst irgendwo in der Welt - durchgeführt worden. Dieser Schritt ist bisher einmalig.

Wir wollen an dieser Stelle aber auch ganz deutlich sagen, wie es dazu gekommen ist, dass Dinge erreicht worden sind, die noch vor drei Jahren undenkbar waren: beispielsweise ein Betreiberwechsel, wofür jahrelang gekämpft worden ist, und die Änderung von Berg- auf Atomrecht, wofür ebenfalls jahrelang gekämpft worden ist. Das haben die Bürgerinitiativen vor Ort und die Asse-II-Begleitgruppe mithilfe - das wollen wir nicht vergessen - des ganz großen Engagements des dortigen Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Bundesumweltministers Sigmar Gabriel geschafft, meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei der SPD)

Über viele Jahre und Jahrzehnte war das Motto: nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Dieser Bann scheint nun zunächst gebrochen. Ich bekunde auch Respekt davor, dass der neue Bundesumweltminister Röttgen diese Vorarbeit nicht zunichte macht.

Die Entscheidung über die Rückholung ist letzten Endes konsequent und langfristig die richtige Entscheidung. Dass die Situation in den Kammern untersucht werden soll, ist nachvollziehbar, genauso wie die Rücksichtnahme auf die Bevölkerung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Bergwerk arbeiten. Es werden - das darf nicht verhehlt werden - durchaus Probleme auftauchen. Probleme können sein: der möglicherweise völlig desolate Zustand der Fässer, der mögliche Lagenstand in den Kammern, undefinierbares Inventar. Der Untersuchungsausschuss sowie der Unterausschuss des Niedersächsischen Landtages beschäftigen sich seit Monaten mit diesem Thema. Aber wir können nicht definitiv sagen, was letzten Endes in den Fässern liegt. Aber auch die Stabilisierung des Berges wird ein Problem werden.

Und, meine Damen, meine Herren, uns drängt die Zeit! Der Zeitplan ist ehrgeizig. Es werden sich ein Diskussionsprozess in der Region und natürlich auch ein Planfeststellungsverfahren anschließen; die Verschlussstrategie muss dem Niedersächsi-

schen Umweltministerium vorgelegt werden. Das NMU als Planfeststellungsbehörde wird entscheiden, ob alle atomrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Wir brauchen auch eine große Transparenz. Denn in den letzten Jahren ist ein großer Vertrauensverlust in staatliches Handeln festzustellen.

Wer genau zugehört und nachgelesen hat, der könnte mit Fug und Recht unterstellen, dass es durchaus unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Bundesamt für Strahlenschutz und dem Bundesumweltministerium gibt. Das BfS sagt, man sollte die Rückholung sehr wohl durchführen. Das Bundesumweltministerium dagegen sagt, eine vorherige Prüfung sei nötig - das ist auch richtig -, aber eine endgültige Entscheidung werde erst danach getroffen.

Lieber Hans-Heinrich Sander, an der Stelle bitte ich Sie von ganzem Herzen - die Zeit läuft uns davon -: Nehmen Sie sich der Sache an! Ich sage das in aller Deutlichkeit als regionaler Abgeordneter: Wir brauchen keine Zeitverzögerung. Ich wäre Ihnen sehr, sehr dankbar, wenn Sie das zügig prüfen würden.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Keine Fraktion, keine Partei - weder im Landtag noch im Bundestag - kann sich bei diesem Thema in Ruhm suhlen. Wir wollen nicht vergessen - schauen wir einmal in die Vergangenheit -, dass noch vor drei Jahren ein namhafter CDU-Bundespolitiker über die Asse gesagt hat: Klappe zu, Affe tot. - Diese Politik können wir nicht mehr gebrauchen. Das gelbe Asse-A steht für Anfang. Nun hat es eine noch größere Bedeutung: A wie Aufpassen und Anfangen, und zwar jetzt, meine Damen und Herren. Auf Kosten des Steuerzahlers wurde im Interesse der Atomindustrie geforscht. Im Interesse der Atomindustrie wurde billig eingelagert. Nun sollen auch noch die Rückholung und die Endlagerung auf Staatskosten erfolgen. Diesem Treiben, meine Damen und Herren, muss ein Ende gesetzt werden. Dazu wird Frau Emmerich-Kopatsch noch erläuternde Worte finden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile nun dem Kollegen Försterling von der FDP-Fraktion das Wort.

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am vergangenen Freitag hat das Bundesamt für Strahlenschutz den Menschen in der Region um die Asse aus dem Herzen gesprochen und verkündet, dass diejenige Option aus dem Optionenvergleich, die nun weiterverfolgt werden soll, die Rückholung ist. Zu Beginn war durchaus viel Euphorie zu spüren, da sich viele in ihren grundsätzlichen Auffassungen bestätigt sahen. Doch aus meiner Sicht sind noch viele Fragen offen. Man sollte sich davor hüten, sich den klaren Blick durch Euphorie vernebeln zu lassen.

Das Bundesamt für Strahlenschutz schreibt in seiner Stellungnahme zum Optionenvergleich:

„Wie in Kapitel 4 diskutiert, stellt die vollständige Rückholung auf der Basis des heutigen Wissensstandes die beste Stilllegungsoption dar. Allerdings zeigen die Ergebnisse der Sensitivitätsanalyse, dass auch diese Option mit relevanten Unsicherheiten behaftet ist, die ihre Realisierbarkeit kritisch beeinflussen können. Ein schlechterer Zustand der eingelagerten Abfälle oder höhere Inventare der Schadstoffe können sowohl den erforderlichen Zeitbedarf als auch die Strahlenexposition der Beschäftigten in einem solchen Ausmaß negativ beeinflussen, dass schlechtestenfalls eine Verwirklichung der Option Rückholung infrage gestellt werden könnte.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das klingt alles andere als optimistisch. In der Sitzung der Asse-II-Begleitgruppe wurde aus meiner Sicht auch recht deutlich, warum man nicht allzu optimistisch ist. Man stützt sich bisher nämlich nur auf rein theoretische Überlegungen, hat aber überhaupt keine spezifizierten technischen Vorstellungen darüber, wie man die Rückholung realisieren möchte und wie man dabei insbesondere den Strahlenschutz der Beschäftigten, aber auch die Stabilität des Grubengebäudes gewährleisten soll.

Je detaillierter die Fragen in der Begleitgruppe geworden sind, desto vager wurden die Antworten des Bundesamtes für Strahlenschutz, z. B. hinsichtlich der Notwendigkeit eines abgestuften Vorgehens.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Beprobung jeder einzelnen Kammer kann und

sollte man auch an dieser Stelle einmal kritisch hinterfragen, zumal es schwierig sein dürfte, an die wirklich relevanten Fässer heranzukommen. Jeder, der sich mit der Asse beschäftigt hat, weiß, dass in den Kammern, in denen verstürzt worden ist, immer eine Schicht Fässer eingestürzt worden ist, dann eine Salzschiebt darauf gegeben wurde und das Ganze dann mit Radladern verdichtet worden ist, bevor die nächste Fassschicht aufgebracht wurde. Wenn es um die wirklich interessanten, die relevanten Fässer und deren Zustand geht, muss man an die Fässer ganz unten heran. Bei einer Unsicherheit von ca. 10 %, wie in dem TÜV-Gutachten beschrieben, das Grundlage des Statusberichts gewesen ist, hinsichtlich der eingelagerten Abfälle ist es fragwürdig, ob eine Probenahme bei einer vierstelligen Zahl von Fässern ausreicht oder ob man nicht eher eine fünfstellige Zahl von Fässern beproben müsste, um herauszufinden, wie es um das Inventar tatsächlich bestellt ist.

Schon heute ist bekannt, dass man für die technisch größte Herausforderung bei der Rückholung eine Lösung benötigt. Die Fässer in Kammer 12 sind durchlaugt, sind defekt, sind instabil. Das umgebende Salz ist kontaminiert. Das ist die größte Herausforderung bei einer Rückholung. Dafür muss man technische Lösungen entwickeln.

Deswegen macht es aus meiner Sicht durchaus Sinn und ist auch nachvollziehbar, dass der Betriebsrat gesagt hat: Lasst uns doch mit der Rückholung beginnen. Wenn wir die Kammern sowieso für die Beprobung öffnen, dann können wir die Fässer schon heute herausholen.

(Glocke des Präsidenten)

Von daher sollte man dort keine Zeit verlieren, es sei denn, man meint es nicht ernst mit der Rückholung. Daran bleiben zumindest aus meiner Sicht derzeit Zweifel.

Ich habe schon ausgeführt, dass man noch weit von technischen Lösungen entfernt ist. Gleichzeitig wird vonseiten des Bundesamtes für Strahlenschutz immer wieder betont, dass man noch gar nicht wisse, ob man die Sicherheit in der Betriebsphase der Rückholung gewährleisten kann. Das Bundesamt für Strahlenschutz spricht beim Kriterium „Langzeitsicherheitseinschätzung“ nur von einer Vorläufigkeit, die für die Rückholung spreche. Das ist aber das einzige Kriterium, bei dem die Rückholung vorne liegt. Darüber hinaus sagt der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz,

Herr König, hinsichtlich der Kostenfrage müsse man sich an Morsleben orientieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Morsleben wird verfüllt. Für mich erschließt sich noch nicht, wie man schon derzeit vor dem Hintergrund unterschiedlicher Schließungsverfahren Kostenvergleiche anstellen kann.

(Glocke des Präsidenten)

Ich möchte nicht erleben, dass es jetzt eine Euphorie gibt, die dann in ein oder zwei Jahren gedämpft wird, indem man sagt: Das tut uns wirklich leid. Wir können die Rückholung nicht durchführen. Aber wir haben es ehrlich versucht. - Ich glaube, dann würde bei jedem von uns ein Geschmäckle bleiben.

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen!

Björn Försterling (FDP):

Wenn wir eines aus der Asse gelernt haben, dann ist es doch Folgendes: Die Bürger müssen weiterhin kritisch bleiben und dürfen sich nicht blenden lassen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile jetzt der Kollegin Emmerich-Kopatsch von der SPD-Fraktion das Wort.

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich ist die SPD-Fraktion der Auffassung, dass allein die Atomwirtschaft für die Kosten der Sanierung der Asse aufkommen muss.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich frage Sie: Wer denn sonst? - Schließlich ist die Atomindustrie der einzige Profiteur dieser ungeheuerlichen Ablagerung in der Asse gewesen. Nur sie hatte Vorteile, sonst niemand. Die geradezu kostenfreie Ablieferung hat diesem Industriezweig Milliarden gespart. Jetzt, so finde ich, ist es an der Zeit, dass die alten Schulden bei den Bürgerinnen und Bürgern dieses Staates beglichen werden.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Dies darf allerdings - hier warnt die SPD-Fraktion CDU und FDP eindringlich - nicht unter dem Zugeständnis der Verlängerung von Laufzeiten für die Atomkraftwerke in der Bundesrepublik geschehen. Die SPD ist strikt dagegen. Ein solcher Ablasshandel ist mit uns nicht durchsetzbar.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP - insbesondere von der FDP! Manches Mal kann man sich nur wundern, wie Sie einzelne Wirtschaftszweige besonders schonen; zuletzt zu sehen bei Ihrer steuerlichen Begünstigung von Hotelketten. Eventuell sollte man Ihre Motivation zur Verlängerung von Laufzeiten einmal mit dem Spendenbericht des Bundestagspräsidenten abgleichen,

(Christian Dürr [FDP]: Ich kann aus dem Spendenbericht über Sie vorlesen! Da kommt Freude auf! - Weitere Zurufe)

um zu sehen, ob darin ein wenig Motivationsschub zu finden ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dürr, keine Aufregung! Wir wollen keinen Ablasshandel. Wir sind für eine saubere Finanzierung und für ein klares Verursacherprinzip.

(Christian Dürr [FDP]: Abwrackprämie!)

Herr Försterling hat gesagt, Sie hätten Ihre Lektion aus der Asse gelernt. Wir hoffen, dass das stimmt. Wir zumindest haben unsere Lektion gelernt. Aktuell bezahlt der Steuerzahler gerade laufende Projekte im Wert von 4 Milliarden Euro: Morsleben, Geesthacht, Greifswald, Jülich, Hamm-Uentrop. - Die Dekontamination in Karlsruhe ist noch nicht dabei. Die Verglasung der verstrahlten Flüssigkeit in Karlsruhe, für die ebenfalls mindestens 2 Milliarden Euro fällig werden, ist auch noch nicht dabei. Die Asse ist noch nicht dabei.

Wie Herr Stefan Wenzel sagte: Rund 12 Milliarden Euro geschätzte Kosten, die auf den Steuerzahler zukommen. Meine Damen und Herren, das sind ungerechtfertigte Subventionen, und vor allem geht es in keiner Weise um staatliche Aufgaben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles, aber auch wirklich alles, spricht dafür, endlich mit neuen

Technologien für saubere und effiziente Energie zu sorgen. Mit Ihrem ideologisch motivierten Schritt in die finstere Vergangenheit der Atomgläubigkeit verhindern Sie alle Innovationen. Sie gefährden die Zukunftsfähigkeit des Landes, und vor allem verhindern Sie zukunftsfähige Arbeitsplätze. Andererseits wollen Sie mit der Verlängerung der Laufzeiten dafür sorgen, dass einzelne Wirtschaftszweige die Lizenz zum Gelddrucken erhalten. Wir sind strikt dagegen. Hinzu kommt die Verlogenheit, die Risiken und Folgekosten dem Steuerzahler aufzubürden. Sie sind die wahren Steuererhöhungsparteien. Allerdings erfolgen die Steuererhöhungen verdeckt.

(Beifall bei der SPD)

Die Endlagerfrage ist völlig ungeklärt. Ihr Verhalten ist völlig unverantwortlich. Auch Sie besitzen keine hellseherischen Fähigkeiten, wenn es darum geht, eine Million Jahre Langzeitsicherheit zu garantieren. Gorleben und Konrad gesundzubeten, hilft hier nicht weiter. Ihr Konzept funktioniert nicht. Die Zwischenlager sind überall mit Atommüll voll, und tagtäglich wird neuer radioaktiver Abfall produziert. Niemand weiß, wohin mit diesen strahlenden Rückständen.

Kolleginnen und Kollegen, wir setzen uns dafür ein, dass schnell gesetzlich geregelt wird, wie die Verursacher des Desasters in der Asse endlich zur Kasse gebeten werden können. Wir fordern, möglichst schnell eine Rechtsgrundlage für die Kostenbeteiligung der Atomindustrie zu schaffen.

Kolleginnen und Kollegen, für welches Staatsverständnis spräche es, wenn man die Facharbeiter und Angestellten mit Unsummen belasten würde, die weder ihnen noch der Gesellschaft gedient haben?

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Hermann Dinkla:

Frau Kollegin, Sie haben das Wort „Verlogenheit“ benutzt. Ich möchte noch einmal ausdrücklich betonen, dass wir uns eigentlich einig waren, dass wir bei der Wortwahl zurückhaltend sein wollen. Insofern kritisiere ich das nachdrücklich. Ich habe Sie nicht unterbrechen wollen, gehe aber davon aus, dass Sie dieses Wort zurücknehmen.

(Zurufe von der SPD)

Kann ich davon ausgehen?

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]:
Kein Problem!)

Ich erteile jetzt dem Kollegen Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Unruhe)

- Herr Kollege, einen kleinen Augenblick bitte!

(Anhaltende Unruhe)

- Ich kann die Sitzung auch kurz unterbrechen. Ich möchte, dass deutlich weniger Gespräche im Plenarsaal geführt werden. Wer dringenden Gesprächsbedarf hat, kann seine Gespräche auch außerhalb des Plenarsaals führen. - Bitte, Herr Kollege Wenzel!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will insbesondere noch einmal auf die Argumente des Kollegen Försterling eingehen. Herr Försterling und auch Herr Oesterhelweg haben die Stellungnahme der SSK/ESK-Ad-hoc-Arbeitsgruppe angesprochen, die in den letzten Tagen veröffentlicht wurde. Ich muss Ihnen ganz deutlich sagen: Was mich an dieser Stellungnahme von einem solchen hochrangigen Beratungsgremium der Bundesregierung wundert, ist, dass sich diese Stellungnahme in einem Ausmaß unvollständig und oberflächlich mit der Asse auseinandersetzt, wie ich es bei einem solchen Gremium kaum für möglich gehalten hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Stellungnahme ist offenbar am Freitag vergangener Woche auf den Server gestellt worden und seitdem öffentlich. Diese Stellungnahme enthält beispielsweise aber gar keine Aussagen zur Aktualisierung hinsichtlich des Inventars in der Asse, obwohl wir heute wissen, dass das Inventar mit ziemlicher Sicherheit deutlich größer ist, als ursprünglich deklariert. Wir wissen das anhand der Anhaltspunkte bei Plutonium und bei Tritium, aber auch wegen der Fässer, die in Geesthacht geöffnet wurden und gezeigt haben, dass die Strahlenbelastung dreitausendmal so hoch war wie deklariert.

Diese Stellungnahme enthält auch keine Aussagen zur Langzeitsicherheit der Flutung, obwohl der alte Betreiber mehr als zehn Jahre lang versucht hat, die Langzeitsicherheit dieser Strategie mit einem deutlich niedrigeren Inventar nachzuweisen. Das ist dem Helmholtz Zentrum, immerhin einer der renommiertesten wissenschaftlichen Einrichtungen,

die wir in Deutschland haben, in über zehn Jahren nicht gelungen. Mit dieser Frage setzt sich die SSK/ESK in ihrer Stellungnahme mit keinem Wort auseinander.

Es gibt auch keine Aussage und Abschätzung bezüglich der unterschiedlichen rechtlichen Genehmigungsverfahren, die hier natürlich eine wesentliche Rolle spielen, weil wir unter Zeitdruck handeln. Wir handeln in einer Situation, in der wir nicht unendlich lange prüfen und untersuchen können. Wir haben es im Moment mit der Deadline 2020 zu tun. Das ist die Zahl, mit der im Moment alle rechnen. Das heißt, ich muss bei meiner Entscheidung natürlich auch ins Kalkül ziehen, wie lange ein bestimmtes Genehmigungsverfahren dauert.

Die Rückholung, die Wiederherstellung des alten Zustandes, erfordert keine Planfeststellungsgenehmigung mit Langzeitsicherheitsnachweis, sondern sie kann eventuell sogar unter Verzicht auf Planfeststellung durchgeführt werden, weil ja ein alter, ursprünglicher Zustand sozusagen wiederhergestellt wird. Gleichwohl bedürfen eine Konditionierungsanlage oder auch ein Zwischenlager natürlich einer Planfeststellung. Das lässt sich aber mit wesentlich geringerem Zeitaufwand bewerkstelligen.

Die SSK/ESK verwirft auch Teillösungen bzw. Untervarianten, beispielsweise die Teilräumung. Es kann ja sein, dass wir mit der Rückholung beginnen und diese fünf bis sechs Jahre lang betreiben und dann 70 bis 80 % des Mülls ausgeräumt sind, wir am Ende dann aber doch unter Zeitdruck geraten. Auch diese Variante wird von der SSK/ESK schlichtweg verworfen. Auch das ist mir unerklärlich. Stattdessen wird wieder einseitig der Flutung das Wort geredet.

Meine Damen und Herren, angesichts dessen frage ich mich: Welche Rolle spielt denn eigentlich dieses Gremium? - In diesem Gremium sitzen zum Teil Leute, die selber an der Einlagerung in der Asse beteiligt waren, die selber ganz genau wissen müssten, was in der Asse gelandet ist.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

In diesem Gremium sitzen auch Leute, deren Firmen, deren Unternehmen in der Asse eingelagert haben. Ich frage mich angesichts dessen wirklich, mit welchen Motiven jetzt plötzlich wieder dem alten Flutungskonzept das Wort geredet wird. Ich kann nur jedem raten, sich das einmal genau an-

zugucken, wobei ich mich insbesondere auf den letzten Satz beziehe, in dem ein nachvollziehbarer, plausibler, sachgerechter und vollständiger Vergleich gefordert wird. Das ist das, was auch wir immer gefordert haben, was wir immer gewollt haben und was im letzten Jahr mit dem Optionenvergleich auch erarbeitet wurde. Ich frage mich allerdings: Wo war dieses Gremium eigentlich im letzten Jahr? Warum hat man sich mit diesen Fragen, die längst auf dem Tisch lagen, die seit Anfang des Jahres auch der Begleitgruppe der AGO und allen Beteiligten geläufig waren, nicht auseinandergesetzt? Warum hat man nicht auch früher darauf hingewiesen, dass man das eine oder andere Fass noch einmal hätte prüfen können, bevor man mit der Rückholung beginnt?

Ich kann nur jedem raten: Lassen Sie uns jetzt mit allem Ernst - es ist eine extrem schwierige Materie - darangehen, so schnell wie möglich mit der Rückholung zu beginnen. Wir wissen alle, dies ist eine Herausforderung, vor der vor uns noch niemand gestanden hat. Wir wissen um die Schwierigkeiten. Ich kann nur jeden warnen zu glauben, dass man mit einem Notfallkonzept die Flutung am Ende doch noch vollziehen kann, um vor der Nachwelt zu verbergen, was in der Asse passiert ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Herzog von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von Anfang an war klar, auch wenn es den Anwohnern anders verkauft wird, dass der in der Asse verklappte Atommüll dort auch verbleiben sollte. Dass sich die Atomindustrie freiwillig an den Sanierungskosten beteiligen wird, ist ausgeschlossen; denn ein Gewissen besitzen diese Herrschaften nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Hauptproblem bleibt deswegen, dass CDU, SPD und FDP in den verschiedensten Regierungskonstellationen diese Müllkippe wider besseres Wissen als Forschungsbergwerk deklariert haben, übrigens bis heute, wie wir gemeinsam der

Zeugenaussage von Forschungsministerin Schavan am letzten Donnerstag entnehmen konnten. Es klingelte schon in den Ohren, als sie sagte: Tja, 126 000 Fässer - das war ein bisschen zu viel.

Ob CDU und FDP einen Anteil für die Asse im Rahmen ihres angepeilten Kuhhandels zugunsten verlängerter Laufzeiten auskugeln, ist äußerst fraglich. Die Knete aus diesem Deal haben sie nämlich längst mehrmals verfrühstückt. Da träumt Ihr Ex-MdB Fromme von einem 400 Mitarbeiter starken Zentrum für Endlagerforschung, das er davon bezahlen will. Schön nah an der Asse, so findet er, Herr Langspecht, kann man sicher gleich die Rückholtechnik erforschen. Schön nah am Schacht Konrad gibt es dann viel Stoff durch Probleme im ausgebeuteten wasseranfalligen Granitbergwerk. Wie war das noch, Frau Schavan? - Das Hauptproblem von Asse ist, dass es ein ausgebeutetes Bergwerk ist.

Sie von CDU und FDP wollen den Assemüll nun ein zweites Mal versenken, auch wenn Sie damit lieber noch hinter dem bejubelten Atommüllberg halten. Morsleben hat Fromme so wie seine ganze Partei geflissentlich vergessen. Die Probleme sind dort die gleichen wie in der Asse. Einen Unterschied gibt es aber natürlich: Die Morslebener Müllkippe ließ Ihre jetzige Bundeskanzlerin noch bis vor gut zehn Jahren per Zwangsanweisung vollstopfen. Das kommt natürlich schlecht an. Die Nähe, die Fromme zu Gorleben sieht, kann er natürlich nicht wörtlich gemeint haben. Er meint wohl eher die Verwandtschaft zur Asse, was Wasserwegsamkeiten über Carnallit und Anhydrit angeht. Anstatt aber von Gorleben gleich die Finger zu lassen, wo die öffentliche Hand inzwischen 200 Millionen Euro verbuddelt hat, wollen Sie jetzt in die Vollen gehen. Das bisschen Enteignung der Landwirte über dem Salzstock 2015 sind für Sie schlechtestenfalls Kollateralirritationen. Sie ignorieren die Hinweise auf Wasser bis in die Nähe der vorgesehenen Einlagerungskammern, obwohl durch Sandeinspülungen ein entsprechender Nachweis erbracht wurde. Gleiches gilt für mögliche Wegsamkeiten durch vorhandene Frostrisse. Bei alledem glänzte übrigens Ihre Forschungsministerin im PUA am letzten Donnerstag durch absolutes Nichtwissen. „Tischlein deck dich“ aus dem dicken Portemonnaie der Atombetreiber; „Knüppel aus dem Sack“ gibt es dann im Wendland mit aufgerüstetem Versammlungsrecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Allerdings kommt eine ganze Menge Geld zusammen, das die Atomis berappen sollen; denn neben Frommes Märchen tritt der Ministerpräsident bekanntermaßen dafür ein, dass auch die Asse-Sanierung und vor allem der Durchbruch der erneuerbaren Energien liquide bestückt werden, bezahlt aus den Extraprofiten der Atomriesen. Herr Wulff, da müssen Sie bei den Laufzeiten wohl noch ein paar Aale drauflegen.

Apropos, der Ministerpräsident will nun endlich aus den negativen Asse-Schlagzeilen heraus. Er will hinein in das neue, saubere Atomzeitalter, und zwar offensiv, wie er betont. Wo ist aber eigentlich Ihr viel beschworener Atomreaktor der vierten Generation geblieben? - Sie erinnern sich: Das ist der Reaktor, der nicht wehtut und keinen Dreck macht. Er passt aber wohl gar nicht so richtig in das Bild der Brückentechnologie. Von einem Flug ohne Landebahn wollen Sie ja nichts mehr wissen. Eine Brücke, deren zweites Ende offen über dem Wasser hängt, ist aber auch nicht besser.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die Atomindustrie nicht von ganzen Generationen von Politikern geschont worden wäre, wäre sie ganz anders zur Kasse gebeten worden. Bis zu 40 Milliarden Euro flossen an Subventionen und in Sackgassen und Altlasten. Wir sind lange nicht am Ende. Durch den rot-grünen Konsens wurden zudem mehr als 30 Milliarden Euro für das hausbankähnliche System der steuerfreien Rückstellungen abgesichert, ebenso die Garantie eines reibungslosen Betriebs z. B. bei Transporten, ein betreiberförderndes Strahlenschutzgesetz, das die Strahlenwirkung stark kostensenkend unterschätzt, mangelnde Abschirmung und fehlende Fallversuche für Behälter, fehlende Versicherungsabdeckung und, und, und.

Ja, wer Atommüll erzeugt, muss alles komplett und kostendeckend bezahlen, von A wie Abbau von Uran bis Z wie zukunftsichere Endlagerung. Wenn das so käme, wäre eine ganz alte Forderung der Antiatombewegung endlich erfüllt, die Atomstromer wären pleite, und zumindest die Produktion von Atomstrom wäre sehr schnell am Ende.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile jetzt dem Kollegen Försterling von der FDP-Fraktion das Wort.

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Wenzel, keinesfalls habe ich aus irgendwelchen Stellungnahmen der ESK oder der SSK zitiert. Ich habe aus dem „Optionenvergleich Asse - Fachliche Bewertung der Stilllegungsoptionen für die Schachanlage Asse II“ des Bundesamtes für Strahlenschutz zitiert. Das ist der Unterschied, weil auch dort entsprechend kritische Punkte genannt werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Man darf in dieser Diskussion genau den Fehler, dem Sie, glaube ich, gerade unterliegen, eben nicht machen, dass man sagt: Wir haben jahrelang Rückholung gefordert, jetzt wird Rückholung vorgeschlagen, und jetzt führen wir das blind durch.

Zu Ihren Einlassungen zu der Frage: „Genehmigungsrecht, ja oder nein?“ muss man einmal kritisch sagen: Herr Wenzel, der Rechtsstaat gilt für alle. Es ist für mich und auch für die Menschen in der Region sehr wichtig, dass auch die Rückholung in einem Genehmigungsverfahren durch die Bürgerinnen und Bürger beklagt werden kann, die mit der Rückholung vielleicht nicht einverstanden sind, weil auch sie das Recht dazu haben müssen, wie auch alle anderen das Recht hätten haben müssen, bei einer Vollverfüllung zu sagen: Dagegen klagen wir. - Das ist der Rechtsstaat. Der gilt für alle. Das müssen wir gewährleisten. Da hoffe ich dann auch auf Ihre Unterstützung, auch wenn Ihnen die Menschen, die dagegen klagen würden, nicht so nahe sind wie andere.

Zu der Kostenfrage haben sich CDU, FDP und CSU im Koalitionsvertrag eindeutig positioniert. Von Zeile 1041 bis 1044 im Koalitionsvertrag steht ganz deutlich:

„Die Endlager Asse II und Morsleben sind in einem zügigen und transparenten Verfahren zu schließen. Dabei hat die Sicherheit von Mensch und Umwelt höchste Priorität. Die Energieversorger sind an den Kosten der Schließung der Asse II zu beteiligen.“

Ich glaube, jedem ist klar, dass es schwierig wird, durch eine gesetzliche Regelung eine finanzielle Beteiligung an Altlasten sicherzustellen, weil das Rückwirkungsverbot Schwierigkeiten bereiten wird. Ebenso schwierig wird es, eine entsprechende Steuer zu erheben, weil, wie wir alle wissen, Steuern nicht zweckgebunden sind und in den allgemeinen Bundeshaushalt fließen. Jeder weitere

Bundestag müsste sich dann daran halten, dass das Geld, das dort hereinkommt, auch hierfür ausgegeben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist daher richtig, zu sagen: Wir treten mit den Energieversorgungsunternehmen in den Dialog. Auch ich sehe es so, dass es eine moralische Verpflichtung der Energieversorgungsunternehmen gibt, sich an den Kosten der Sanierung der Asse zu beteiligen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die jetzige Bundesregierung hier eine Einigung mit den Energieversorgungsunternehmen herbeiführt. Sie mögen das dann am Ende als Kuhhandel bezeichnen; das steht Ihnen natürlich frei. Aber ich glaube, dass diese Bundesregierung in der Lage ist, die Energieversorgungsunternehmen in die moralische Verantwortung zu nehmen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile jetzt den Kollegen Oesterhelweg von der CDU-Fraktion das Wort.

Frank Oesterhelweg (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wenzel, Sie haben vorhin gesagt, wir hielten uns die Hintertür offen, um die Räumung doch noch zu verhindern. Nein, Herr Wenzel, es ist Herr König - er unterschreibt zwar nie gerne selber etwas -, der sich diese Hintertür offenhält. Die *Asse-Einblicke* werden vom BfS herausgegeben. Darin wird ganz deutlich, dass unvertretbar hohe Strahlenbelastungen, Standfestigkeitsstörungen und Wassereinträge möglich sind. Wollen Sie es dann so machen wie diejenigen, die für Asse verantwortlich sind? Wollen Sie dann sagen: „Augen zu und durch“, obwohl Sie es dann eigentlich besser wissen müssten? - Das geht mit uns mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, mich fasziniert es immer wieder, wenn Herr Herzog hier sagt, was er alles nicht will. Das Material soll heraus. Ich sage es noch einmal: möglicherweise 100 000 m³. Wo soll es denn hin, wenn es nicht in Schacht Konrad soll? Wo soll es denn hin, wenn wir nicht mehr über Gorleben reden? Wollen Sie es bei sich zu Hause in die Garage packen, oder was haben Sie eigentlich vor?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

So kann man doch keine Politik machen! An diesem Beispiel wird immer wieder deutlich, wie gut es ist, dass Sie in diesem Lande keine Verantwortung tragen.

(Detlef Tanke [SPD]: Erst einmal kein weiteres Material produzieren!)

- Herr Tanke, Sie können sich nachher noch melden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Bosse hat vorhin das große Loblied auf Herrn Gabriel gesungen.

(Detlef Tanke [SPD]: Zu Recht!)

Ich halte das für sehr unpassend angesichts dessen, was hier in den letzten Jahren abgelaufen ist. Ich sage Ihnen: Ich habe allergrößten Respekt vor den Bürgerinitiativen, die schon ganz früh vor den Problemen um Asse II gewarnt haben. Ich habe allergrößten Respekt vor diesen Menschen. Aber wenn irgendeine Partei meint, sie könne sich hier aus der Verantwortung stehlen, dann ist das nicht korrekt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das *Hamburger Abendblatt* vom 16. Januar möchte ich zitieren:

„Das Drama der Asse ist die Geschichte von Politikern aller Parteien, die 40 Jahre weghörten, wann immer jemand warnte.“

Ja, auch wir tragen Verantwortung. Ich sage Ihnen eines ganz klar: Ich sitze seit 1986 mit einer kurzen Unterbrechung im Wolfenbütteler Kreistag. Auch ich habe natürlich in ganz kleinen Bereichen ein bisschen Verantwortung getragen, genauso wie der Landrat Ernst-Henning Jahn von der CDU, genauso wie der Landrat Helmuth Bosse von der SPD und genauso wie der Oberkreisdirektor Dr. Ernst-Hartmut Koneffke von der SPD - ehrenwerte Leute, die nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben. Es kann nicht sein, dass Sie nun an deren Ehre kratzen und behaupten, sie hätten sich weggeduckt. Wir haben heute andere Erkenntnisse. Ich denke, wir sollten alle so fair sein, diese Leute nicht noch nachträglich durch den Kakao zu ziehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, jetzt noch eines: Wir reden von Kosten zwischen 1,5 und 4 Milliarden Euro; das ist die Spanne der Vermutungen. Das ist eine Menge Geld. Wenn hier gesagt wird, die

Atomindustrie solle diesen „Dreck“ alleine beseitigen - Frau Emmerich-Kopatsch hat es noch einmal gesagt -, dann kann man wohl feststellen, dass man sich hier aus der Verantwortung stehlen will. Die Asse war nämlich über 40 Jahre lang Sache des Bundes. Wollen wir uns noch gegenseitig unsere Regierungszeiten vorhalten? - Es ist doch eine Lachnummer, wie Sie hier verfahren!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Finanzierung ist Sache des Bundes. Der Bund ist unser Ansprechpartner. Ich halte es für vollkommen richtig und zweckmäßig - Röttgen hat es gesagt, Schavan hat es gesagt, und es wird auch so laufen -, dass auch die Energiewirtschaft zu den Kosten herangezogen wird. Das ist richtig, das ist zielführend.

Zur Finanzierung gehört auch - das will ich als Wolfenbütteler ganz klar sagen; darauf lege ich großen Wert -, dass für die Probleme, die wir im Landkreis in den nächsten Jahren, in den nächsten Jahrzehnten bekommen werden, entsprechende Entschädigungen gezahlt werden. Ich will das wirklich noch einmal in aller Deutlichkeit sagen. Was Imageschäden angeht, was wirtschaftliche Schäden angeht, was Infrastruktur angeht, brauchen wir Unterstützung, übrigens bis hin zu - ich sage es ausdrücklich - vorbeugendem Katastrophenschutz, zur Ausstattung der Polizei und, und, und. All das ist wichtig. Darauf legen wir großen Wert.

Meine Damen und Herren, als Niedersachsen, als Wolfenbütteler, dürfen wir uns in dieser wichtigen Angelegenheit nicht auseinanderdividieren lassen. Es geht darum, gemeinsam Verantwortung zu tragen; denn es wird schwer genug.

(Victor Perli [LINKE]: Dann verhindern Sie Schacht Konrad!)

A heißt „aufpassen“, aber nicht „abschieben von Verantwortung“. A heißt vielleicht „anfangen“, aber es heißt nicht „mit dem Finger auf andere zeigen“. A heißt „arbeiten“ für die Sicherheit der Menschen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile jetzt dem Kollegen Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur noch zwei Bemerkungen. Herr Försterling, es

ist selbstverständlich, dass der Rechtsweg in jedem Fall offenstehen muss. Es muss aber auch jedem klar sein, dass man bei der Rückholung keinen Langzeitsicherheitsnachweis führen muss, wie man ihn für die Flutung bräuchte. Wir wissen auch, dass es sechs, acht oder zehn Jahre bis zu einem Langzeitsicherheitsnachweis dauern könnte und auch dieser Weg am Ende beklagbar wäre. Schon das macht deutlich, dass dies keine Alternative ist. Ich glaube, wir alle wollen und dürfen nicht in Kauf nehmen, dass am Ende der Notfallplan zum Zuge kommt und unter Ausschluss aller Rechtswege Fakten geschaffen werden. Ich glaube, das würde man niemandem hier im Haus durchgehen lassen. Deswegen müssen wir in dieser Frage mit hoher Konzentration auch immer gucken, wo wir an einem Strick ziehen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile jetzt dem Kollege Bosse von der SPD-Fraktion das Wort.

Marcus Bosse (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Eigentlich wollte ich es nicht, nun muss ich es aber doch tun. Lieber Kollege Oesterhelweg, ich sagte ganz deutlich: Niemand hat sich mit Ruhm bekleckert. - Aber es ist nicht von der Hand zu weisen, dass wir den Bundesumweltminister Sigmar Gabriel in unserem Wahlkreis hatten. Niemand kann leugnen, dass jahrzehntelang dafür gekämpft worden ist, die Asse nach Atomrecht zu schließen. Das ist unter dem Bundesumweltminister gelungen. Es ist gelungen, einen Betreiberwechsel zum Bundesamt für Strahlenschutz hinzubekommen, was schon sehr lange angestrebt worden war. Nun haben wir, was dem Wunsch der Bürgerinitiativen und letzten Endes auch aller Menschen vor Ort entspricht, die Rückholung. Innerhalb von zweieinhalb Jahren sind Entscheidungen gefallen, die in 20 oder gar 30 Jahren nicht gefallen sind. Das muss man doch zur Kenntnis nehmen!

(Beifall bei der SPD - Frank Oesterhelweg [CDU]: Auch als Sie regiert haben!)

Jahrelang ist nichts, aber auch gar nichts getan worden.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Rot-Grün hat es nicht geschafft! - Glocke des Präsidenten)

An der Stelle sage ich auch ganz deutlich: CDU und FDP haben immer versucht, das Schließungskonzept der Rückholung nach Möglichkeit zu torpedieren. Ich habe vorhin nicht umsonst gesagt, dass in der Bundestagsfraktion der Satz „Klappe zu - Affe tot“ gefallen ist. Das ist mittlerweile drei Jahre her. Mittlerweile gab es bei Ihnen einen Stimmungswechsel. Das nehme ich zur Kenntnis.

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, ich darf Sie unterbrechen. Sie müssen jetzt zum Schluss kommen, sonst passt es nicht mehr mit der Einteilung der Redezeiten für die Fraktionen.

Marcus Bosse (SPD):

Okay, ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Wir haben nur eine Möglichkeit, des Problems des Atommülls Herr zu werden: Wir müssen endlich aussteigen, meine Damen und meine Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile jetzt Herrn Minister Sander das Wort.

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung begrüßt die Entscheidung des Bundesumweltministeriums, die Rückholung als die wichtigste Option ernsthaft weiterzuverfolgen. Damit haben wir endlich eine Entscheidung, in welcher Richtung wir das Problem Asse lösen können. Insofern ist das eine richtige und richtungweisende Entscheidung.

Bei aller Euphorie, die wir haben, müssen wir aber auch weiterhin den Tatsachen ins Auge sehen. Deswegen bin ich froh, dass die drei Abgeordneten aus dem Wahlkreis Wolfenbüttel in ihren Eingangstatements im Prinzip Gemeinsamkeit geübt haben; denn dieses Problem müssen wir gemeinsam lösen. Es hilft uns wenig, wenn wir uns alte Geschichten von Personen, die teilweise gar nicht mehr leben, um die Ohren hauen. Daher wird das MU als Genehmigungsbehörde - das kann ich Ihnen zusichern -, wenn ein Antrag vorliegt, alles genauestens und schnellstens prüfen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Herr Wenzel, auch Sie kennen die Einlagerungspraxis und wissen, wie die Einlagerung seit 1967 in der Asse gehandhabt worden ist. Zuerst hat man die Fässer ordnungsgemäß übereinander gestapelt und dann die Kammern verschlossen. Die größten Probleme werden wir aber wahrscheinlich mit den Fässern bekommen, die später eingelagert worden sind. Sie alle kennen das Bild des Baggers, der die Fässer über die Kante kippt, die dann schichtenweise einbetoniert worden sind. Das wird das große Problem.

Herr Sailer, der auch im AKEnd mitgearbeitet hat, ist ja kein Unbekannter. Meines Erachtens ist er auch eine Vertrauensperson von Ihnen. Wenn es auch von dieser Seite Stimmen gibt, die uns auf Dinge hinweisen, die wir auf jeden Fall mit zu beachten haben, dann finde ich das richtig. Sie können es nicht wegwischen: Die Probleme sind vorhanden, auch in zeitlicher Hinsicht. Sie wissen, dass sich der Wasserzutritt jederzeit wieder erhöhen kann und wir daher den Zeitfaktor mit im Auge behalten müssen. Die zehn Jahre, die angenommen werden, um das Problem der Rückholung zu erledigen, sind eine sehr optimistische Annahme. 4,8 Minuten pro Fass - das ist eine tolle Rechnung, die dort aufgestellt wurde.

Aber, meine Damen und Herren, das ist nicht das Problem. Das Problem ist, ob es uns gelingt, die Abfälle zurückzuholen. Dazu brauchen wir einen Sicherheitsnachweis, Herr Kollege Wenzel. Das Wichtigste für die Landesregierung ist, dass wir uns nicht auf eine Rückholung einlassen können, wenn nicht klar ist, dass auch in fünf Jahren die Sicherheit sowohl für die Menschen, die dieses dort vollziehen müssen, als auch für die Menschen in der Region weiterhin gewährleistet ist. Sie müssen weiterhin vor Strahlung geschützt werden. Dies werden wir genauestens prüfen.

Am Anfang war es hier sehr sachlich und an der Sache orientiert. Ich hoffe, dass wir das auch weiterhin versuchen, weil wir das Ziel verfolgen wollen, diese Mülldeponie - in der heutigen Zeit könnte man sagen: diese illegale Mülldeponie - endlich ordnungsgemäß zu entsorgen. Wir als Landesregierung werden unseren Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz zwei Sätze zur Finanzierung sagen. Das Problem muss gelöst werden. Dazu gehört auch eine ordnungsgemäße Finanzierung. Aber jetzt den ganzen Müll, die ganzen Vorwürfe aus der Vergangenheit wieder hervorzukramen, wer was bezahlen

soll, und zwar möglichst noch auf dem öffentlichen Markt, wird dabei nicht hilfreich sein.

(Pia-Beate Zimmermann [LINKE]: Wo denn sonst?)

Wir haben den Menschen der Bürgerinitiative versprochen, das Problem zu lösen. Wir wollen es in der Zukunft mit ihnen transparent lösen. Dazu brauchen wir die Mithilfe aller Abgeordneten aller Fraktionen in diesem Hause. Nur wenn wir das haben, können wir auch dem Bund gegenüber deutlich machen, dass das für uns höchste Priorität hat.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Wer zahlt? - Detlef Tanke [SPD]: Aber Sie regieren!)

In diesem Sinne bitte ich auch um die Unterstützung von einigen, die im Augenblick noch auf der anderen Seite immer wieder Konflikte hervorrufen wollen. Das werden Sie mit uns nicht erleben. Die Landesregierung steht an der Seite der Bundesregierung zur Lösung des Asse-Problems.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - David McAllister [CDU]: Sehr gut!)

Präsident Hermann Dinkla:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Besprechung zu Tagesordnungspunkt 1 a und 1 d ist damit abgeschlossen.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 1 b** auf:

Nachhilfe für den Innenminister: Eine Bischöfin ist kein General und die Kanzel kein außenpolitischer Krisenstab - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2087

Dazu erteile ich dem Kollegen Möhrmann von der SPD-Fraktion das Wort.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wo ist denn der Ministerpräsident?)

Dieter Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben dieses Thema für die Aktuelle Stunde angemeldet, weil es uns darum geht, darüber zu diskutieren, wie ein Diskurs zu kritischen und kontroversen Themen bei uns in der Gesellschaft stattfinden kann. Lassen Sie mich gleich zu einer Bewertung kommen: Wir finden es unerträglich, wie Herr Schünemann mit einer berechtigten

Meinung der EKD-Ratsvorsitzenden und Landesbischöfin Dr. Käßmann zum Afghanistaneinsatz öffentlich umgeht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Seine Kritik ist anmaßend und nicht hinnehmbar. Wir fragen uns, welches Gesellschaftsbild dieser Minister eigentlich hat, wenn er seine Worte ganz bewusst und mit Kalkül wählt, um eine kritische und nachdenkliche Predigt zu Neujahr maßregeln zu können.

Herr Innenminister, was berechtigt Sie, Frau Käßmann Naivität und Weltfremdheit vorzuwerfen? Woraus leiten Sie ab, sie falle den Soldaten in den Rücken, nimmt sie doch ausdrücklich auf die schwierige Lage der Soldaten und auf deren Risiko Bezug, dort ihr Leben aufs Spiel zu setzen?

(Christian Meyer [GRÜNE]: Wo ist der Ministerpräsident? - Gegenruf von Wolfgang Jüttner [SPD]: Der kommt gleich angefliegen! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, damit wir uns nicht falsch verstehen: Mein Problem ist nicht, dass man die Meinung von Frau Käßmann kritisch hinterfragt. Das tun auch andere. Wir kritisieren die Art und Weise, wie sich Herr Schünemann zum Richter aufschwingt.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wer, wenn nicht die Kirche, wäre berufen, in der sensiblen Frage nach dem Für und Wider des Afghanistan-Einsatzes mahnende Worte zu finden? Herr Schünemann qualifiziert die Bischöfin nicht zum ersten Mal ab und fährt ihr über den Mund. Er setzt seine Kampagne fort, obwohl Ministerpräsident Wulff beim Neujahrsempfang in Loccum versucht hat, die Wogen zu glätten.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Jetzt fehlt er!)

Lassen Sie mich ganz deutlich feststellen: Frau Käßmann fällt den Soldaten nicht in den Rücken. Das sage ich auch Herrn Robbe, Herrn Klose und Herrn Fücks.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Dass Frau Käßmann der Vorwurf, weibliche Naivität und Emotionalität hätten sie zu den Äußerun-